



# Grenzmuseum Schifflersgrund

## Gedenkstätte und Lernort

Mehr als 40 Jahre waren Deutschland und Europa aufgrund der bipolaren Weltordnung während des Kalten Krieges geteilt. Der Eiserner Vorhang stellte nicht nur eine tödliche und physisch kaum überwindbare Barriere dar, sondern markierte auch die Grenze zweier konträrer und konkurrierender Weltanschauungen und Gesellschaftsformen, verfeindeter Militärblöcke und gegensätzlicher Wirtschaftssysteme. Demokratie und Diktatur, Kapitalismus und Kommunismus, Marktwirtschaft und Planwirtschaft standen sich unvereinbar gegenüber. Erst der Niedergang der Sowjetunion und die revolutionären Umbrüche in Mittel- und Osteuropa ermöglichten einen gesamteuropäischen Integrationsprozess, der auf gemeinsamen, historisch verwurzelten Ideen und Werten beruht, die gleichermaßen identitätsbildend wie sinnstiftend sind. Zugleich sind die tiefgreifenden Auswirkungen der jahrzehntelangen Teilung – ob nun politisch, wirtschaftlich oder auch gesellschaftlich – bis heute spürbar, sodass deren Aufarbeitung und Erinnerung entscheidend für das Gegenwartsverständnis und das freiheitlich-demokratische Bewusstsein in Europa ist.

In Deutschland steht die Auseinandersetzung mit der Teilungsvergangenheit gleich vor einer besonderen Herausforderung: Während in der späteren Bundesrepublik nach der Befreiung vom NS-Regime eine westliche Demokratie entstand, folgte im östlichen Teil des Landes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Errichtung einer kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Vorbild, sodass die innerdeutsche Grenze eine der zentralen Konfliktlinien im Kalten Krieg war und zu ungleichen, ja divergierenden Lebenswelten und Sichtweisen in den beiden verschiedenen Systemen führte. Mehr noch: Neben der Teilungssymbolik war die Grenze vor allem mit Blick auf die DDR-Sperranlagen ein Sinnbild der gewaltsamen und willkürlichen SED-Abschottungspolitik, durch die ganze Landschaften zerschnitten, Familien getrennt und der Alltag und das Leben von mehreren Generationen einschneidend geprägt wurden. Die Spaltungsfolgen und die Nachwirkungen der vielfältigen Transformationen seit der Grenzöffnung und deutschen Einheit sind teils nach wie vor nicht überwunden, die unterschiedlichen Erfahrungen im kollektiven Gedächtnis erst in Ansätzen zusammengeführt. Noch immer wird die DDR nur bedingt als Diktatur und integraler Teil der gesamtdeutschen Geschichte wahrgenommen. Diese Defizite müssen jedoch zwingend behoben werden, um eine gesamtstaatliche Erinnerungskultur, das gesellschaftliche Zusammenwachsen von Ost und West wie auch den antitotalitären Grundkonsens zu fördern, zumal nach der Teilung – als Anknüpfungspunkte für einen gemeinsamen Narrativ – weiterhin grenzüberschreitende Beziehungen und Verflechtungen existiert haben. „Grenzen trennen nicht nur – sie vereinen auch“, stellte Frank Bösch in seinem Plädoyer für eine deutsch-deutsche Perspektive auf die Zeitgeschichte fest. In diesem Prozess sind vor allem die mannigfaltigen Gedenkstätten als institutionalisierte Kristallisationspunkte der Aufarbeitung, Erinnerungskultur und gesellschaftlichen Selbstverständigung von zentraler Bedeutung. Aufgrund ihrer Verbindung aus historischer Authentizität und sachlicher Information bieten sie als Erinnerungsträger und Lernorte wirkmächtige Zugänge, um sich tiefgreifend mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und ein historisches Bewusstsein für die Gegenwart zu entwickeln.

Besonders eindrücklich ist die deutsche und europäische Teilungsgeschichte am Grenzmu-  
seum Schifflersgrund zwischen Hessen und Thüringen erfahrbar. Der vom Trägerverein be-  
wahrte Grenzabschnitt dürfte das längste erhaltene Teilstück der ehemaligen innerdeutschen  
Grenze, ja überhaupt des Eisernen Vorhanges sein. Er umfasst neben dem rund 1500 Meter  
langen Metallgitterzaun und Kolonnenweg einen neun Meter hohen Beobachtungsturm wie  
auch den Todesort des gescheiterten Fluchtversuches von Heinz-Josef Große. Insofern steht  
Schifflersgrund exemplarisch für das gleichermaßen perfide wie perfektionierte DDR-Grenzre-  
gime und die Opfer, das erlittene Leid und Unrecht unter der SED-Diktatur. Ebenso sind auf-  
grund der Geländetopographie einzigartige Sichtachsen auf die früheren Sperranlagen vor-  
handen. Kaum woanders in Europa – von der Barentsee über Deutschland bis zum Schwarzen  
Meer – dürfte sich der einstige Grenzverlauf zwischen Ost und West so instruktiv erschließen  
lassen. Zudem befindet sich das Museumsgelände auf einem historischen Austauschgebiet,  
das nach dem Kriegsende infolge einer vom amerikanischen und sowjetischen Militär ge-  
schlossenen – und bis heute wirksamen – Vereinbarung im September 1945 von Hessen nach  
Thüringen zur SBZ wechselte. Insgesamt ist der historische Ort Schifflersgrund somit ein ein-  
maliges Zeitzeugnis der jahrzehntelangen Teilung und Grenze.



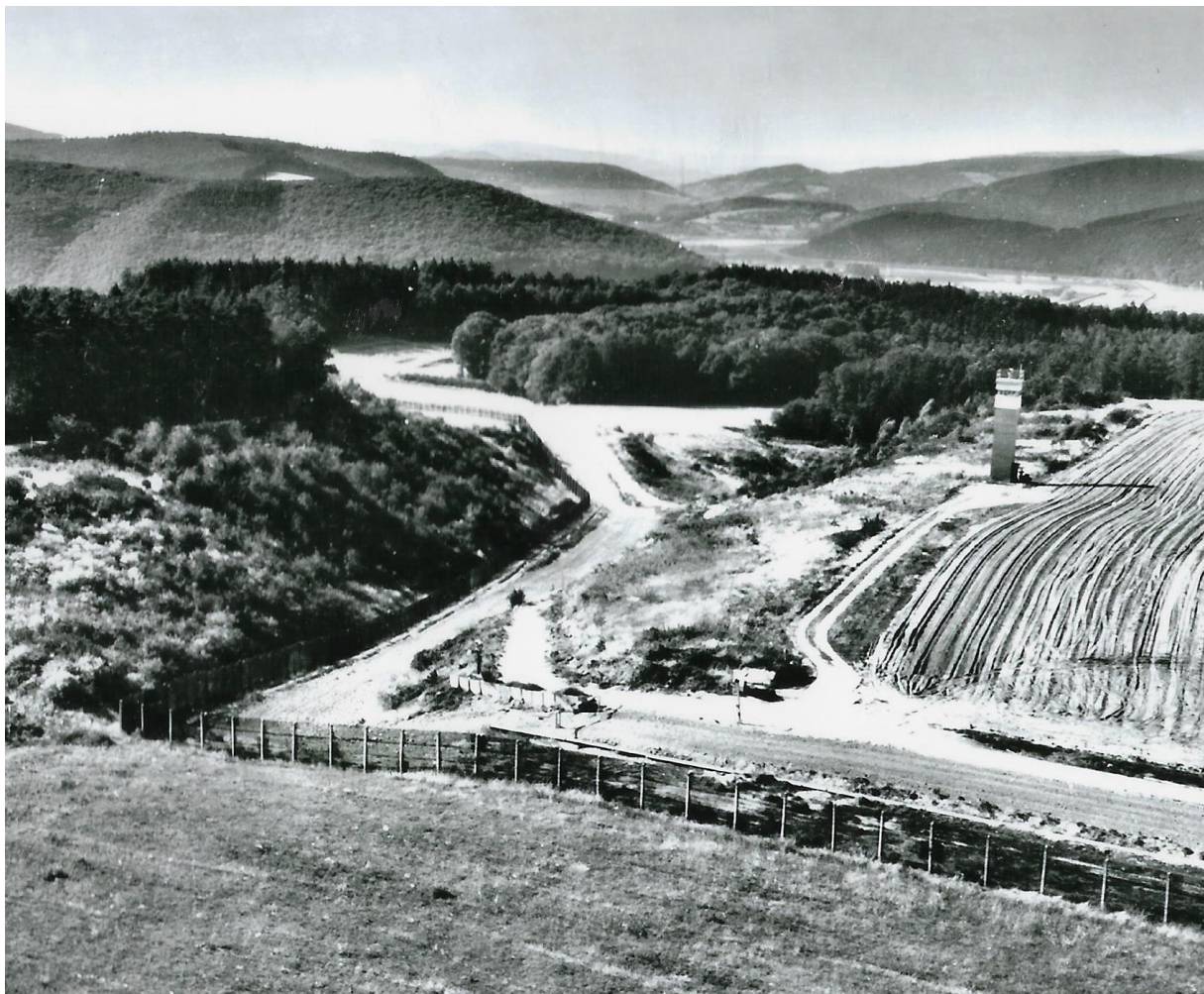
Grenzabschnitt im Schifflersgrund.

Neben diesen profilbildenden Merkmalen, aus denen sich der regionale, aber auch nationale  
und internationale Stellenwert des historischen Ortes ableiten lässt, ist nicht zuletzt die Ent-  
wicklungsgeschichte des Grenzmu-seums außergewöhnlich. Entstanden aus einer zivilgesell-  
schaftlichen Initiative, öffnete das Museum – als erstes Grenzmu-seum an der innerdeutschen  
Grenze – am 3. Oktober 1991. Seither sind das Museumsgelände und der Sammlungsbestand  
mit einzigartigen Relikten und originalen Objekten schrittweise gewachsen. Seit fast drei Jahr-  
zehnten basiert der Museumsbetrieb auf dem ehrenamtlichen Engagement des Trägervereins.  
Große Teile der Ausstellung und der Baumaßnahmen erfolgten in Eigenleistung. Inzwischen  
verzeichnet das Museum – abseits von Großstädten inmitten der Provinz zwischen Hessen  
und Thüringen – jährlich rund 35.000 Besucher, sodass Schifflersgrund innerhalb der Erinne-  
rungslandschaft zur SED-Diktatur zu den herausragenden Gedenkstätten im ländlichen Raum  
zählt.



## Der historische Ort Schifflersgrund

Mit einer Länge von rund 1500 Metern dürfte der nahezu authentisch erhaltene Grenzabschnitt im Schifflersgrund das längste Originalstück entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, ja überhaupt des Eisernen Vorhanges sein. Der Grenzabschnitt besteht aus dem Metallgitterzaun, Spurenkontrollstreifen und Kolonnenweg. Zur historischen Bausubstanz gehört außerdem der im Jahr 1982 errichtete, neun Meter hohe Beobachtungsturm, der genauso wie der Grenzzaun und Kolonnenweg unter Denkmalschutz steht. Aufgrund der topographischen Besonderheiten – der Schifflersgrund ist eine Geländesenke – lässt sich der frühere Grenzverlauf zwischen Ost und West besonders instruktiv erschließen. Die Sichtachsen von der Aussichtsplattform ermöglichen einen einzigartigen Panoramablick. Für den Besucher ist kein Ende des Grenzabschnittes ersichtlich, sodass ein großes emotionales und sinnliches Wirkungspotenzial besteht und die monströs anmutende Kulisse des Eisernen Vorhanges zumindest annähernd erfahrbar ist.

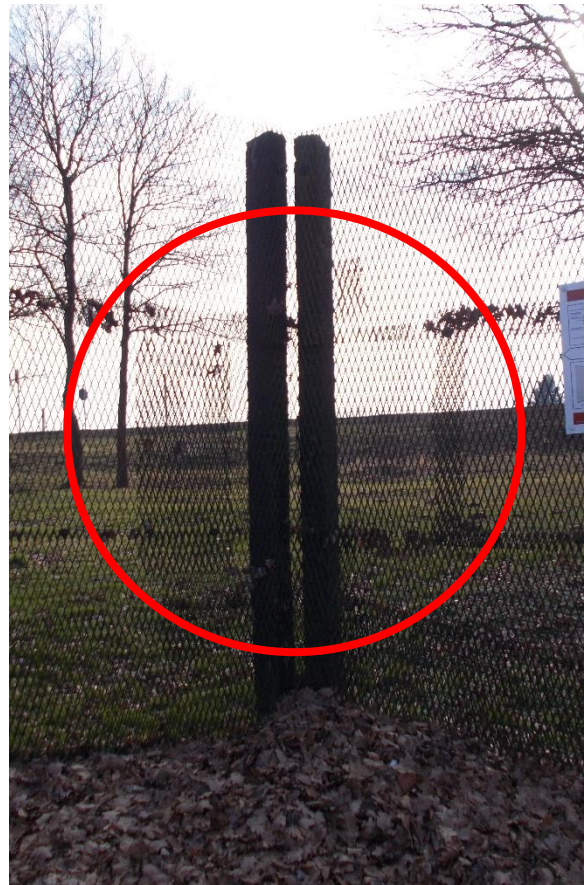


Luftaufnahmen vom Schifflersgrund aus den 80er Jahren.

Bis spätestens Ende Juni 1984 waren am erhaltenen Metallgitterzaun im Schifflersgrund mehrreihig Selbstschussanlagen vom Typ SM-70 angebracht, von denen ein Automat in der Nacht zum 31. Mai 1979 von drei westdeutschen Studenten aus Köln und Münster demontiert wurde. Die Abbaustelle ist aufgrund der durchtrennten Zaunelemente und der Ersatzgitter noch heute zu erkennen. Drei Jahre nach dem Fall von Michael Gartenschläger, der zwei Todesautomaten erfolgreich abbauen konnte, beim dritten Versuch jedoch beim Schusswechsel mit Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit tödlich getroffen wurde, fand die spektakuläre Aktion medial und



politisch kaum Beachtung. Im von Gerhard Löwenthal moderierten ZDF-Magazin wurde zwar am 4. Juli 1979 ein knapp sieben-minütiger Beitrag mit dem Titel „Tötungsautomat sucht Richter“ gesendet. Ebenso berichteten die Westfälischen Nachrichten über die Demontage. Ansonsten wurden die Studenten allerdings weitgehend zurückgewiesen. Sowohl die europäische als auch internationale Menschenrechtskommission – zu beiden Einrichtungen nahmen die Studenten anschließend Kontakt auf – erklärten, dafür nicht zuständig zu sein. Ein größerer Aufschrei gegenüber dem menschenverachtenden DDR-Grenzregime blieb aus. Was auf den ersten Blick wie eine ungerühmte Heldengeschichte und eine verwerfliche Doppelmoral der Behörden und Medien erscheint, war bei genauerer Betrachtung jedoch der gescheiterte Versuch, die westdeutsche Öffentlichkeit für eine antikommunistische Kampagne und einen Feldzug gegen die Entspannungspolitik zu instrumentalisieren. Tatsächlich waren die drei Studenten allesamt Mitglieder der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationalisten, deren Geschichte vom für seine rechtsextremen Veröffentlichungen bekannten Arndt-Verlag publiziert wurde. Die Medien, die ohne Überprüfung der politischen Hintergründe und Motive der Studenten über den Vorfall berichtet haben, standen wenig später in der Kritik. Anders als von ihnen dargestellt, dürfte die Gruppe allenfalls nachrangig humanitäre Gründe verfolgt haben.



Demontage- und Reparaturstelle am Metallgitterzaun im Schiffersgrund

Neben dem im Schiffersgrund tödlich gescheiterten Fluchtversuch von Heinz-Josef Große am 29. März 1982 kann im umliegenden Grenzabschnitt zwischen Asbach und Lindewerra eine Reihe von erfolgreichen Fluchten nachgewiesen werden, ohne dass die nachfolgende Aufzählung vollständig ist: Am 25. Juni 1958 flüchtete Alfred Kirchner aus Wahlhausen zusammen mit seiner Frau und den Kindern auf einem Pferdewagen nach Bad Sooden-Allendorf in den Westen, nachdem sie unbemerkt den Stacheldrahtzaun durchtrennen konnten. Kurz darauf wurden in der Umgebung neue Drahtzäune mit Betonpfählen statt Holzpfosten aufgestellt. Trotzdem schafften es zwei junge Ehepaare – eins davon gemeinsam mit ihrem neun Monate

alten Baby – rund zwei Monate später den Grenzzaun bei Bad Sooden-Allendorf mit einem LKW zu durchbrechen, wobei der verwendete Lastwagen wenig später vom Zollgrenzkommissariat Witzhausen an die DDR-Behörden zurückgegeben wurde. Nicht weniger spektakulär verlief die Flucht der Familie Pflume aus Wüstheuterode am 26. März 1962. Nachdem zunächst der Familienvater bei Arbeiten am Grenzzaun in der Nähe von Sickenberg gegen 10.00 Uhr in Bundesrepublik flüchten konnte, verhalf ein Ablenkungsmanöver von zwei westdeutschen Zollbeamten seiner Frau und seinem Sohn ungefähr eine Stunde später zur erfolgreichen Flucht. Am 21. November 1973 nutzte der NVA-Unteroffizier Detlef Mann die Unachtsamkeit des ihn begleitenden Grenzsoldaten, um südöstlich von Bad Sooden-Allendorf in den Westen zu gelangen. In Asbach konnten im Frühjahr 1979 zwei Jugendliche aus Dresden, die sich zwischenzeitlich in einer Scheune versteckten, den Grenzzaun mit der Hilfe von Leitern überwinden. Bernhard Köthe aus Struth überwand die Grenzanlagen bei Asbach nur wenige Monate darauf mit Seil und Haken.

Der eindrückliche Blick auf die DDR-Grenzanlagen im Schifflersgrund und vor allem im nahen Asbach sorgte dafür, dass das Gebiet regelmäßig von Grenztouristen wie auch hochrangigen Vertretern aus der Politik besucht wurde. Neben Bundestagsausschüssen und internationalen Botschaftern war so etwa Bundespräsident Heinrich Lübke im Jahr 1964 in Bad Sooden-Allendorf zu Gast, um die innerdeutsche Grenze zu besichtigen, sich vor Ort über die Auswirkungen des „Wanfrieder Abkommens“ und das in Westdeutschland staatlich geförderte „Zonenrandgebiet“ zu informieren. In den 70er Jahren wurde dazu in der Stadt ein „Grenzinformationsraum“ eingerichtet.

Ebenso befanden sich während des Kalten Krieges in der näheren Umgebung vom Schifflersgrund auf beiden deutschen Seiten teils sehr bedeutende militärische und geheimdienstliche Einrichtungen. Zu den nächstgelegenen Standorten auf dem DDR-Gebiet zählten die Grenzkompanie Wahlhausen, die funktechnische Kompanie in Kreuzebra oder auch die vom sowjetischen Militär betriebene Radarstation bei Wachstedt. Außerdem verfügte das MfS mit wahrscheinlich über Grenzscheunen in der Region. Seit langer Zeit wird über die Nutzung einer Betonröhre auf der Gobert zum geheimen Grenzübertritt nach Westdeutschland spekuliert. Außerdem deuten die Recherchen eines ehemaligen BGS-Beamten darauf hin, dass direkt im Schifflersgrund eine Grenzscheune eingerichtet wurde. Schon zum Ende der 50er Jahre lagen den westdeutschen Zollbehörden einzelne Indizien vor, dass über Wahlhausen und Bad Sooden-Allendorf regelmäßig Ostagenten in die Bundesrepublik eingeschleust würden.

In Westdeutschland waren neben den beiden US-Beobachtungsstützpunkten „Point India“ und „Point Oscar“ vor allem die deutschen und amerikanischen Aufklärungsstationen auf dem unweit gelegenen Hohen Meißner von großer Bedeutung. Auf dem höchsten Berg in Nordhessen (BND-Deckname: „Hochwald“) errichtete die Organisation Gehlen Anfang der 50er Jahre eine Anlage zur Überwachung der sowjetischen UKW-Funkverbindungen. Im Sommer 1972 folgte durch den BND die Inbetriebnahme einer zweiten Dienststelle nahe dem sogenannten „Frau Holle Teich“ zusammen mit der Aufstellung eines neuen Antennenturms. Darüber hinaus wurde der Berg, der vom rekonstruierten Holzturm auf dem Heyerkopf am Ende des erhaltenen Grenzabschnitts zu sehen ist, von der Bundeswehr und den US-Streitkräften für Aufklärungszwecke genutzt.

Nicht zuletzt fand nur zwei Kilometer entfernt vom Schifflersgrund ein bis heute ungeklärter Grenzzwischenfall statt. In der Nacht zum 18. August 1989 schlugen, abgefeuert von hessischer Seite, insgesamt 91 Schüsse im DDR-Grenzort Wahlhausen ein. Mehrere Gebäude wurden getroffen. Die Projektile schlugen in Hausdächer und Fassaden ein, ja drangen durch Fensterscheiben bis in die Wohnräume vor, jedoch ohne einen Personenschaden anzurichten. Der Beschuss dauerte ungefähr 45 Minuten und war ein hochbrisantes Politikum. Der SED-Bezirkschef Gerhard Müller erklärte am Folgetag vor der „Aktuellen Kamera“, dass er im „persönlichen Auftrag von Erich Honecker“ direkt nach Wahlhausen gereist sei. Er verurteilte den

Vorfall als eine der „schlimmsten Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR, die je stattgefunden haben“ – eine Version, die anschließend von den ostdeutschen Medien verbreitet wurde und in die Protestnote, die von der DDR bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik eingereicht wurde, Einzug hielt. Die westdeutschen Behörden erhielten offenbar erst am Folgetag von den Ereignissen Kenntnis. Nach Aufnahme der Ermittlungen wurden am westlichen Werraufer die Patronenhülsen gefunden. Wenig später meldete sich ein anonymes Anrufer, der berichtete, dass eine Gruppe junger und angeheiterter Personen – in Bad Sooden-Allendorf fand das traditionelle Erntedankfest statt – die Schüsse im Alkoholrausch abgegeben habe, wofür sich jedoch keine weiteren Anhaltspunkte fanden. Vielmehr galt bei den westdeutschen Ermittlern – wie auch bei einem Großteil der Bevölkerung in Wahlhausen – angesichts der vorliegenden Informationen eine andere Version als höchstwahrscheinlich: Die Inszenierung einer westlichen Provokation durch das MfS, um von der zugespitzten DDR-Staatskrise abzulenken, vor allem von der wachsenden Fluchtbewegung. Ein Angriff des Westens – so die Überlegung – würde die Notwendigkeit des „antifaschistischen Schutzwalls“ unterstreichen, alte Feindbilder schüren und einen gesellschaftlichen Stimmungswandel zugunsten des alten SED-Regimes fördern. In diesem Fall hätten die Schüsse die erhoffte Wirkung bekanntlich verfehlt: Wenig später musste die Grenze unter dem stetig wachsenden Druck der Bevölkerung geöffnet werden, was den endgültigen Zerfall der bestehenden Herrschaftsstrukturen einleitete. Nach wie vor sind die tatsächlichen Täter nicht überführt und die Motive des Anschlages nicht zweifelsfrei geklärt.

## **Todesort von Heinz-Josef Große**

Am 29. März 1982 versuchte Heinz-Josef Große im Schifflersgrund aus der DDR zu flüchten. Große, ein 34-jähriger Meliorationsfacharbeiter aus der Eichsfeldgemeinde Thalwenden, nahm seit einigen Wochen an baulichen Vorbereitungsmaßnahmen zur Errichtung des Beobachtungsturms teil. Er galt als zuverlässig und politisch zurückhaltend. Der Fluchtversuch war offenbar länger geplant gewesen. Unter anderem hatte er zuvor auf der Kreissparkasse Eichsfeld eine größere Menge an Bargeld abgehoben. Bei den Bauarbeiten im Schifflersgrund wurde Große ständig von Grenzposten begleitet. Als die beiden Soldaten sich am 29. März gegen 15.00 Uhr kurzzeitig von ihm entfernten, fuhr Große mit dem Radlader an den Streckmetallzaun heran. Er hob die Schaufel bis auf Zaunhöhe und kletterte hinauf. Nach dem Sprung über den Zaun versuchte Große den Hang in Richtung Westdeutschland zu erklimmen. Die Aufforderung der zurückgekehrten Grenzsoldaten, stehen zu bleiben, missachtete er, sodass die beiden Posten nach Warnschüssen das Feuer auf ihn eröffneten. Vor allem im Beckenbereich erlitt Große schwere Verletzungen. Er brach auf der Mitte des Hangs zusammen und verstarb nur wenige Meter von der Grenze zur Bundesrepublik entfernt. Der Regimentsarzt stellte gegen 16.05 Uhr seinen Tod fest. Der Leichnam wurde anschließend von DDR-Grenzsoldaten geborgen und die Familie am späten Abend informiert. An der Beisetzung, die von den Behörden terminlich festgesetzt wurde, durfte nur ein kleiner und ausgewählter Personenkreis teilnehmen. Einigen Personen wurde die Teilnahme sogar explizit untersagt. Kenntnis über den konkreten Tathergang erhielt die Familie nicht. Stattdessen wurden die Familienangehörigen vorübergehend von der DDR-Staatssicherheit überwacht.



Die Schüsse auf Große haben bis heute sichtbare Spuren am Grenzzaun hinterlassen. Wenige Monate später, am 12. Juni 1982, wurde nahe des Todesortes auf der Westseite ein Holzkreuz aufgestellt. Die in Richtung der DDR weisende Inschrift lautete: „Einheit, Recht und Freiheit“. Ein Jahr darauf, am 29. März 1983, folgte auf Initiative der hessischen CDU die Einweihung einer Mahn- und Gedenkstätte im Beisein von Heiner Geißler, dem Generalsekretär der Partei. Als Opposition forderte die Union eine schärfere Kritik am DDR-Grenzregime durch die hessische SPD-Landesregierung, sodass die Ermordung von Große zu einer landespolitischen Kontroverse um den Umgang mit den innerdeutschen Grenzopfern und der dafür verantwortlichen ostdeutschen Staatsmacht führte. Inmitten der Entspannungspolitik war der Fall Große zugleich auf der Bundesebene ein politisches Reizthema. Die beiden Grenzsoldaten – bei der Tat 22 bzw. 24 Jahre alt – wurden in der DDR „für die vorbildliche Pflichterfüllung“ belobigt. 1996 verurteilte das Landgericht Mühlhausen die beiden Schützen zu jeweils 15-monatigen Bewährungsstrafen.

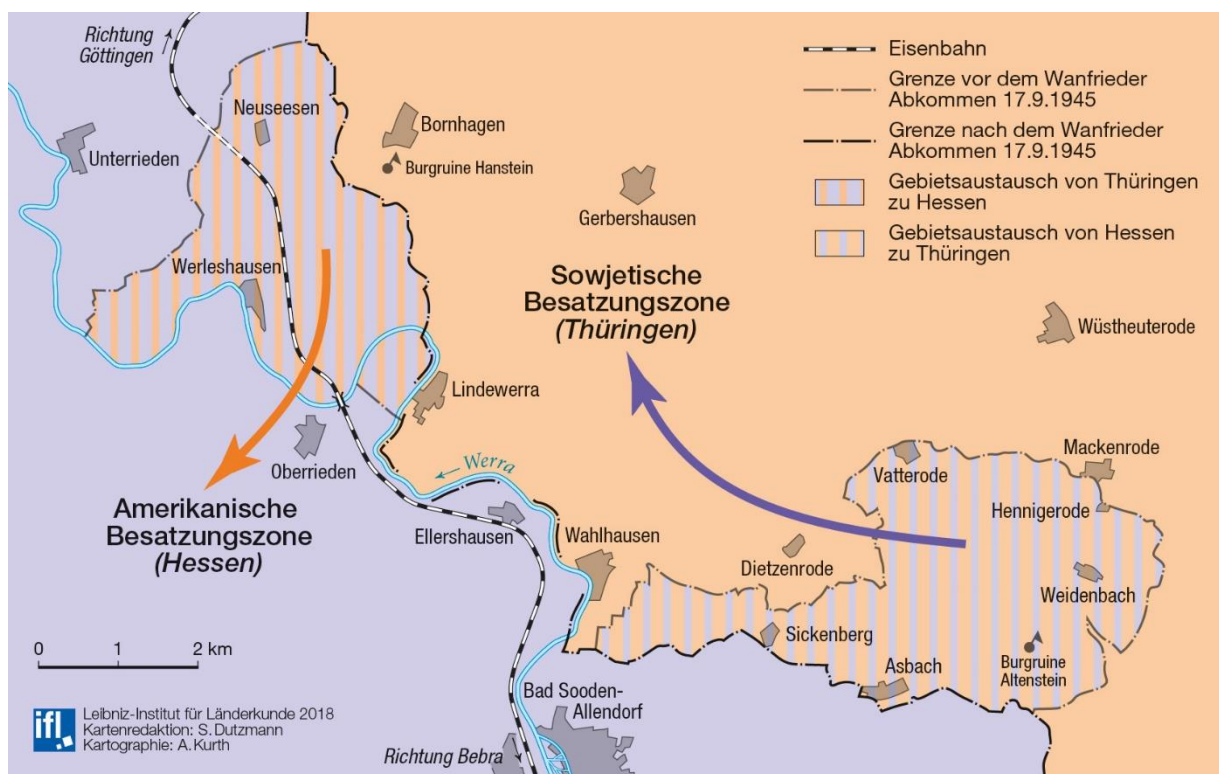


DDR-Grenzsoldaten bei der Bergung des Leichnams von Heinz-Josef Große im Schifflersgrund.

Der Fall von Heinz-Josef Große steht exemplarisch für gleich mehrere Facetten der deutschen und europäischen Teilungsgeschichte: Erstens das von der SED-Spitze veranlasste gleichermaßen perfektionierte wie auch perfide DDR-Grenzregime, das entlang der innerdeutschen Grenze mehr als 300 Todesopfer forderte; zweitens die Bereitschaft für eine Flucht in den Westen – aus unterschiedlichen Motiven – sogar ein tödliches Risiko einzugehen; drittens das moralische Dilemma der Grenzsoldaten, die sich teils in einem Zwiespalt zwischen der militärischen Pflicht zur Waffengewalt und dem persönlichen Gewissen befanden; viertens den unterschiedlichen politischen und rechtlichen Umgang mit den Grenzopfern und Todesschützen wie auch die juristische Aufarbeitung des DDR-Grenzregimes nach 1990; fünftens die Erinnerung an die Grenzopfer während der Zeit der deutschen Teilung; sowie sechstens die weitgehende Ohnmacht des Westens. So wurde der Fluchtversuch auf westdeutscher Seite von drei Zollbeamten beobachtet, die nach eigener Aussage wohl kurzzeitig eine Hilfeleistung für Große und dazu ein Betreten des DDR-Gebietes erwogen, jedoch aus Rücksicht auf die drohenden Folgen nur wenige Meter entfernt vom Geschehen tatenlos zusehen mussten.

## Austauschgebiet zwischen Ost und West

Das „Wanfrieder Abkommen“ wurde am 17. September 1945 zwischen der amerikanischen und sowjetischen Militäradministration geschlossen. Hintergrund waren wiederholte Behinderungen und Schikanen auf einer für die amerikanische Besatzungsmacht strategisch wichtigen Bahnverbindung, die sich auf einer Strecke von rund vier Kilometern in der sowjetischen Besatzungszone befand. Auf dieser Bahnlinie erfolgte der Nachschub von der US-Exklave Bremerhaven über Göttingen zur amerikanischen Zone nach Kurhessen und Bayern. Die beiden Verhandlungsdelegationen vereinbarten auf dem Kalkhof bei Wanfried einen Bevölkerungs- und Gebietsaustausch: Während der betroffene Bahnabschnitt zusammen mit zwei thüringischen Dörfern nach Hessen wechselte, gehörten fünf hessische Gemeinden daraufhin zur SBZ, darunter auch das Gebiet um Sickenberg mit dem heutigen Museumsgelände. Im Volksmund wurde die Bahnstrecke seither „Whiskey-Wodka-Linie“ genannt. Unmittelbar nach dem Gebietsaustausch kursierten in anderen nordhessischen Gemeinden einschlägige Gerüchte, ein vergleichbarer Wechsel würde unmittelbar bevorstehen. Die amerikanischen Besatzungsbehörden wiesen daher die Bürgermeister an, den Spekulation gezielt entgegenzuwirken, um die Bevölkerung zu beruhigen.



Der Austausch war einer der größten Gebietswechsel, der von den Besatzungsmächten in Deutschland vereinbart wurde und der einzige, der zwischen der amerikanischen und sowjetischen Zone stattfand. Knapp 1000 Personen und eine Fläche von rund 1600 Hektar waren davon betroffen. Vor allem für die neuen Bewohner der sowjetischen Besatzungszone wirkte sich der Austausch gravierend aus, gleichwohl zunächst noch grenzüberschreitende Beziehungen fortbestanden. Mitunter befanden sich die Landwirtschaftsflächen in der amerikanischen Zone. Ebenso bezogen die meisten Dörfer wie überhaupt weite Teile des damaligen Eichsfeldkreises ihren Strom aus der westlichen Zone. Umgekehrt lagen Teile des Stadtwaldes von Bad Sooden-Allendorf auf dem Gebiet der SBZ. Nicht wenige Anwohner aus Asbach, Sickenberg oder Vatterode flüchteten in den Westen, sodass die verlassenen Häuser teilweise zerfielen und später gänzlich abgerissen wurden. Im Sommer 1952 – kurz nach der Schaffung des 5-Kilometer-Sperrgebiets und den Zwangsumsiedlungen, die im damaligen Kreis Worbis mehr als 500 Menschen betrafen – sorgten Unstimmigkeiten über den genauen Grenzverlauf



für eine vorübergehende militärische Besetzung der Ober- und Untermühle bei Asbach durch ostdeutsche und sowjetische Soldaten, ja sogar für Spekulationen über eine Revidierung des Abkommens. Im Ergebnis erneuter Verhandlungen gehörten die beiden Mühlen zur DDR. Mehrere Jahre später erfolgte der Abriss der historischen Gebäude durch die DDR-Grenztruppen. Die Eigentümer erhielten von den Behörden nur sehr niedrig angesetzte Entschädigungssummen. Trotz Rückgliederungsdiskussionen fand nach 1990 kein Rücktausch zwischen Hessen und Thüringen statt.